

F. K. Reinhart, Prof. hon. EPFL  
Chemin de Chandolin 9  
1005 Lausanne

3. Juni 2011

Tf. 021 312 26 43  
Email : [fkreinhart@usti.net](mailto:fkreinhart@usti.net)

An den Gesamtbundesrat  
z. Hd. Bundesrätin Doris Leuthard  
Vorsteherin des Dept. UVEK  
Bundeshaus Nord  
3003 Bern

Betrifft : Bundesratsbeschluss vom 25.5.2011

Sehr geehrte Bundesrätinnen,  
sehr geehrte Bundesräte,

Der Versuch des Gesamtbundesrats die Energieproblematik der Schweiz anzupacken und in globo zu lösen, ist ein sehr ehrgeiziges und wichtiges Unterfangen. Die elektrische Energie (kurz EE) trotz ihres Minoritätsaspekts nimmt dabei eine zentrale Stellung ein, denn unsere moderne Gesellschaft hängt kritisch von der EE-Versorgung ab. Es ist daher von allergrösster Wichtigkeit, dass diesbezügliche Entscheidungen auf soliden Grundlagen beruhen. Leider muss ich feststellen, dass die verschiedenen Entscheidungsgrundlagen, die der Oeffentlichkeit via Internet zugänglich sind, Wunschscenarien entsprechen. Mein Aufsatz über die Nutzung der erneuerbaren Energien (Nov. 2010 und die beigelegte Neuauflage) hatte dieses Wunschdenken klar entlarvt. Aus diesem Grund kann ich den Bundesratsbeschluss vom 25.5.2011 nicht nachvollziehen. In der Arena vom vergangenen Freitag, dem 27.5.2011, hat Bundesrätin Leuthard selbst wiederholte Male daraufhin gewiesen, dass die verschiedenen Szenarien auf nicht gesicherten Annahmen beruhen, was ich leider nur unterstreichen kann. Ich erlaube mir deshalb, meine Haupteinwände gegen diese Entscheidungsgrundlagen nochmals darzulegen und hoffe, dass der Bundesrat seinen Beschluss im Hinblick auf die Konsequenzen entsprechend modifiziert.

1. Alle Berechnungen beruhen auf integralen Bilanzannahmen. Integrale Bilanzannahmen sind unzulässig in der EE-Versorgung, da zu jedem Zeitpunkt die erzeugte Leistung gleich dem Verbrauch sein muss. Sonst wird das elektrische Netz instabil und bricht zusammen. Die Behauptung der Basler Politiker es gehe auch ohne Kernkraft und Kohle- oder Erdgaskraftwerke ist eine bewusste Irreführung der Tatsachen. (siehe beigelegten BAZ Artikel von Prof. Borner.)
2. Der stochastische Anfall der erneuerbaren Energien wird nur ungenügend berücksichtigt und erfordert zusätzliche Speicherkapazität, die nicht vorhanden ist. Unsere Pump-Speicherwerke genügen bei lange nicht. Andere

- Speichermöglichkeiten im GWh Bereich werden wohl andiskutiert. Deren industrielle Machbarkeit ist aber noch nicht bewiesen.
3. Kostenrechnungen der erneuerbaren Energien vernachlässigen die notwendige Forschung, Entwicklung, Bau und Unterhalt der benötigten Speicher. Diese sehr erheblichen Kosten verfälschen völlig, das von Ihnen gezeichnete Bild. Zusätzliche Kosten durch Verlust der unumgangbaren Speicherung im Betrieb wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.
  4. Probleme wie neue Leitungen, Speicherung, Netzsteuerung etc. werden zwar diskutiert. Das Fehlen von realen Lösungsansätzen bezüglich Forschung oder Praxis ist nicht seriös und verleitet zu Wunschdenken.
  5. Es gibt keinen Ansatz, wie die harzigen Bewilligungsverfahren im In- und Ausland geregelt werden sollen. Die Netzprobleme sind mit denjenigen der EU verknüpft. Sie müssen daher mit der EU abgestimmt und verhandelt werden. Sonst wird die im Ausland produzierte Wind- und Sonnenenergie nicht bei uns ankommen, obwohl bereits schweizerische Investitionen gemacht wurden.
  6. Versorgungsengpässe mit CO<sub>2</sub> fragwürdigen Energie Importen zu lösen ist inakzeptabel.
  7. Kostenerhöhungen dem vernachlässigten Ausbau unseres einheimischen Netzes zuzuschreiben ist richtig, darf aber nicht als Alibi für die Mehrkosten der erneuerbaren Energien angegeben werden.
  8. Ein Sparziel von 40% mit finanziellen Massnahmen durchzusetzen, um den Atomausstieg zu ermöglichen, ist denkbar aber ökonomisch widersinnig und schädlich. Damit würde ein ungeheurer Inflationsschub kreiert, und ein Schritt Richtung Abbau von Komfort, Wohlstand und Konkurrenzfähigkeit unseres Werkplatzes inisiert. Ueberdies, wir wollen in der Schweiz keine sowjetische Zwangswirtschaft, die damit zwangsläufig verbunden wäre.
  9. Die Erreichung unserer Klimaziele ohne Kernkraft wird noch fragwürdiger als jetzt. Auch diese Angaben entsprechen einem Wunschdenken.
  10. Subventionen zur Förderung der erneuerbaren Energien werden mit Sicherheit keinen Durchbruch erzeugen. Ordnungspolitisch intelligente Massnahmen wie gezielte Forschung, Entwicklung, Vereinfachung von Bewilligungsverfahren etc. sind gefragt.

Die Katastrophe von Fukushima hat unsere Kernkraft nicht unsicherer gemacht, wohl aber deren potentielle Gefährlichkeit in Erinnerung gerufen. Sollten sich ernste Sicherheitmängel unserer Kraftwerke zeigen, ist eine Abschaltung angebracht, vorausgesetzt, dass eine Nachrüstung sich als zu kostspielig erweisen würde. Die Kostenabschätzung ist Sache der Betreiber und nicht der Politik. Der Ersatz durch ein sichereres Werk der neuesten 3. Generation darf nicht ausgeschlossen werden, solange die technische Machbarkeit der Speicherung und Netzsteuerung fraglich ist. Die Notwendigkeit von Nachrüstungen sollte aber generell durch eine bessere Planung und Ueberwachung der Bauqualität reduziert werden. Damit werden auch die Sicherheitskosten nicht ins Unermessliche steigen. Die Entwicklung der Kerntechnik wird ebenso weitergehen wie diejenige der erneuerbaren Energien. Deshalb müssen unsere Optionen offen gehalten werden. Persönlich bin ich weiterhin überzeugt, dass meine Mitbürger fähig sind, ein vernünftiges Urteil über die möglichen Konsequenzen eines

Atomausstieg zu fällen. Dazu muss der gegenwärtigen Angstmacherei ein Riegel geschoben werden. Dies ist nur möglich mit einem objektiven Informationsfluss, der auf gesicherten Daten beruht. Wohin gezielte und ständig wiederholte Falschinformationen führen, kennen wir aus der Geschichte.

Mit freundlichen Grüßen

F. K. Reinhart

Beilagen: BAZ Artikel von Prof. Silvio Borner  
Aufsatz „Nutzung der erneuerbaren Energien“